

# Weißeritz-Zeitung

## Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Nelleste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierjährl. 10 M. ohne Jw.  
fragen. — Einzelne Nummern  
20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3.  
Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postcheck-  
konto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts  
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die lebensgewohnte Bevölkerung  
100. außerhalb der Stadt  
Amtshauptmannschaft: 100. im amtlichen Teil (nur  
zu den Behörden) die Seite 200 Pf. — Eingekündigt und  
bekannt 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 21

Mittwoch den 25. Januar 1922

88. Jahrgang

### Vertliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Immer noch ist der Eisenbahnverkehr, namentlich der Fernverkehr, kein geregelter. Heute Dienstag früh langte der Zug erst nach  $\frac{1}{2}$  stündiger Verspätung hier an und brachte nur wenige Postsendungen. Das übrige sollte dann mit dem nächsten Zuge kommen.

Dippoldiswalde. Auf die in Aussicht gestellt gewesene Rollstühle ist leider nicht mehr zu rechnen, wie wir erfahren. Das Steinkohlenwerk Zauderode bietet aber für die nächsten Tage noch markenfreien Baffinischlamm zum Preise von 5 M. 50 Pf. für 1 hl an. Abfuhr hat von der Wäsche in Döhlen zu erfolgen. Verkauf erfolgt voraussichtlich noch bis Ende d. W. täglich bis vormittags 11 Uhr solange der Borrat reicht.

Am Sonntag hielt nachmittags im Junglingsverein und abends im Jungfrauenverein Herr Jeglinski aus Ostpreußen einen Vortrag über Ostpreußens schwere Zeit. Er hat es als Knabe mit erlebt, wie die Russen einfielen, wie sie raubten und mordeten wie die Pestien. Nachdem seine Eltern durch eine Granate getötet waren, floh er nach Königsberg. Mit 16 Jahren trat er ins Heer ein und kämpfte bis 1918 im Westen mit, dann noch im Grenzschutz. Es war erschütternd, was er in seinen jungen Jahren alles erlebt hat. Auch über Land und Leute seiner Heimat berichtete er vieles Interessante. Wir haben heute vieles fast vergessen, was wir erlebt haben und was uns bedrohte. Da ist es gut, wenn wir einmal daran erinnert werden, vor welchem Schicksal Gottes Schuh und Hindenburgs Lüchtigkeit uns bewahrt hat. Das macht dankbar. — In 14 Tagen will Herr J. noch etwas erzählen aus seiner Seereise als Schiffsjunge. — Wie schon berichtet wurde, blickt der Junglingsverein jetzt auf 30 Jahre seines Bestehens zurück. Aus diesem Anlaß spendete ihm ein Herr aus der Nähe 50 M. Ihm sei auch hierdurch herzlich gedankt.

Die Gesellschaft „Ehrolung“ wird am nächsten Sonntag in der „Reichskrone“ einen öffentlichen Theaterabend veranstalten, in dem Mitglieder der Gesellschaft Bertha von Suttner vierfaches Drama „Die Waffen nieder“ aufführen werden. Die Hälfte des Reinertrags ist für hiesige arme Konfirmanden bestimmt.

Wie wir nunmehr mitteilen können werden die musikgesellschaftlichen Vorträge des Herrn Prof. Pellegrini (siehe letzte Sonntags-Nr.) am Dienstag den 31. Januar abends 8 Uhr in der Bürgerschule (Zimmer Nr. 12) beginnen. Der Teilnehmerpreis für sämtliche 7 Vorträge beträgt 30 M. Einzeichnungsliste liegt auch in unserer Geschäftsstelle aus. Eine zahlreiche Beteiligung darf nach dem bisher laut gewordenen Interesse erwartet werden. (Siehe auch Inserat.)

Sonderkursus in Stenographie. Wie aus dem Anzeigenteil der heutigen Zeitung ersichtlich ist, beginnt nächster Donnerstag ein Sonderkursus zur Erlernung der Stenographie. Damen und Herren, die daran teilnehmen wollen, wird es dringend empfohlen und lehntmalig aufgesondert, ihre vorherige schriftliche Anmeldung beim Vorsitzenden des Stenographenvereins, Herrn Felix Jehne zu bewirken, da Neuanmeldungen nach Beginn des Kurses nicht mehr berücksichtigt werden können.

Das Hausgrundstück des verstorbenen Klempnermeisters Niegel in der Altenberger Straße ist in den Besitz des Herrn Klempnermeister Friedrich übergegangen.

Der Postwertezeichn-Wirt warrt. Die durch die Post gehenden Briefe kennzeichnen in ihrem Aussehen die Zerschneidung unserer Zeit. Gar mancher Brief gleicht in der Markenbeklebung bunten Bilderbogen. In langer Reihe sind Marken verschiedenster Werte aneinandergefügzt zu einer lebhaften Illustration der sprunghaften Aufwärtsbewegung, welche der deutsche Posttarif genommen hat. Dies Emporschneiden der Postosäße ist schuld an der beklebten Dunkelheit der Briefe und Karten. Nicht etwa der Abhender. Es mag ja manchem, dem Zeit nicht Geld zu sein braucht, ein Vergnügen sein, 10 oder mehr Briefmarken unter Wahrung künstlerischer Geschmacks- und Formenbildung sein sämmerlich nebeneinander zu reihen, im geschäftlichen Leben bedeutet dies aber eine unnötige Zeitvergeudung. Schafft auch nur die richtigen Werte an! wird mancher einwenden, der in dem Wahne ist, es sei noch wie einst: man brauchte nur zu verlangen. Verlangen und bekommen ist aber heute zwecklos und ganz besonders bei der Post. Es ist natürlich, daß bei den sich überstürzenden Änderungen der Tarife die Herstellung der Marken nicht folgen konnte, und daß die Postämter gar nicht in der Lage sind, Wertzeichen in dem gewünschten Maße abzugeben. So bekommt man alle möglichen Werte, nur nicht die benötigten, und kann dann sehn,

wie man zurecht kommt. Schön ist anders. Es ist dringend wünschenswert, daß die staatlichen Betriebe auch heute noch mit bestem Beispiel vorangehen, und deshalb muß für künftige Reformen unbedingt das Verlangen gestellt werden, daß die Sache so vorzubereiten, daß alles klappt. Eine besonders nette Leistung waren die „Überdruckmarken“. Vor kurzem noch bekam man sie am Schalter in die Hand gedrückt, und jetzt wird bekanntgegeben, daß sie nicht mehr gelten nur bis 31. Januar umgetauscht werden. Die Postverwaltung hätte sich eher darüber klar sein müssen, daß der Überdruck zu Schädigungen der Postkasse führen kann, weil er ohne besondere Kunstnisse herzustellen ist. Das Publikum ist schließlich der Leidtragende, denn es muß für das Verlustkonto der Post einstecken.

Schmiedeberg. Nachdem die Firma Piechel & Co. in Dresden mit Bestimmtheit die Lieferung der neuen Glocken bis Sonntag den 29. Januar versprochen hatte und deshalb alle Vorbereitungen zur Glockenweihe hier getroffen wurden, muß diese leider abermals auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Auch haben sich erneute Schwierigkeiten mit genannter Firma ergeben, indem dieselbe verschiedene Punkte des schriftlichen Vertrages nicht anerkennen will. Begreiflich ist es, daß die Kirchengemeinde nunmehr ungeduldig wird, da die Glocken doch schon Mitte Juli vorigen Jahres bestellt worden sind. Der Kirchenvorstand hat daher durch die Superintendentur beim Konistorium Beschwerde gegen die Firma Piechel & Co. einlegen lassen und dürfen zwischen dieser und der Kirchenbehörde Auseinandersetzungen entstehen. Die neuen Prospektpeisen für die Orgel sind bei der Firma Jahn & Sohn in Dresden ebenfalls bestellt. Lieferung und Einbau soll Mitte Februar erfolgen.

Dresden. Nach den bei der Generaldirektion Dresden vorliegenden Mitteilungen handelt es sich bei dem Eisenbahnerstreik bisher nur um einen wilden, lediglich in Dresden und den nächsten Dresdner Vororten ausgebrochenen Tellstreik. Auf den am Sonnabend vormittag von der Generaldirektion erlossenen Aufruf haben sich an vielen Arbeitsstellen zahlreiche Eisenbahner gemeldet, die erklärt, daß sie gar nicht streiken wollten, daß ihnen die Aufnahme des Dienstes lediglich durch den Terror der Streikleitung unmöglich gemacht werde. Wie weiter von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind am Sonntag gegen Mittag bereits Leute der wilden Streikleitung auf dem Büro des Büro des Eisenbahnerverbandes erschienen und haben dort den Versuch gemacht, die Verbandsleitung zur Übernahme der Streikleitung zu veranlassen, dem dieselbe aber nicht nachgekommen ist. Von der Generaldirektion ist bei der sächsischen Regierung der Antrag gestellt worden, die Technische Nothilfe heranzuziehen. Wirtschaftsminister Fellisch hat aber abgelehnt, diesem Erfuchen stattzugeben. Dabei sind von der Streikleitung, obwohl sie bekannt gegeben hatte, daß sie die Nahrungsmittel-, Kohlen- und Milchzüge durchlassen wolle, tatsächlich Lebensmittelzüge angeholt worden.

Das Betriebsamt des Rates zu Dresden gibt bekannt:

Infolge des am 21. Januar 1922 mittags 12 Uhr eingetretenen Eisenbahnerstreiks ist die Zuführung für Kohlen zu den städtischen Gaswerken unmöglich geworden. Da infolge der allgemeinen schlechten Kohlenbelieferung die Werke über Vorräte nicht verfügen, ist zu erwarten, daß ab Montag den 23. Januar der Betrieb der Gaswerke eingestellt werden muß. Vom gleichen Zeitpunkte ab findet auch eine Sperrung des Koksofens auf den städtischen Gaswerken statt.

Die Eisenbahngeneraldirektion teilt mit: Der Dresdner

Eisenbahnerstreik ist im Abschluß begriffen. In Radeberg

ist der Ausstand am Sonntag abend beendet und der

Verkehr wieder aufgenommen worden.

Vad Schandau. Wie der Stadtrat bekannt macht, dürfen

Fremdenheime in Zukunft hier nur noch mit Genehmigung

der Kreishauptmannschaft zu anderen Zwecken als denen der

Gastbeherbergung verwendet werden.

Sednitz. Der Blumenarbeiterstreik ist trotz mehrfacher

Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern

noch nicht beendet. In einer am 20. d. M. abgehaltenen

Versammlung erklärten die Arbeiter, von ihren Lohnforderungen zurücktreten zu wollen, stellen jedoch an die Arbeitgeber die Bedingung, alle Streikführer — es kommen gegen

100 Arbeiter in Frage — ohne weiteres wieder zu beschäftigen.

Diese Bedingung wurde von den Arbeitgebern nicht

angenommen; der Streik wird fortgesetzt. Wenn die Arbeiter

sich nicht in leichter Stunde entschließen, auf ihre Bedingung

zu verzichten, dann werden die wirtschaftlichen Folgen für sie

katastrophal sein, zumal auch die Gewerkschaftskasse die

leichten Reserven für die Streikenden ausgegeben hat. 4000

Personen befinden sich gegenwärtig im Auslande.

Leipzig. Da die Kosten für die Straßenreinigung sehr erheblich gestiegen sind, beabsichtigt der Rat die für die Straßenreinigungsgebühren vorgesehenen vierfachen Sätze auf das Sechsfache zu erhöhen. 800 000 M. sollten dadurch mehr erbracht werden. Die Mehrheit der Stadtverordneten lehnte jedoch in der letzten Sitzung diese Erhöhung ab, da zweifellos die Hausbesitzer diese 800 000 M. auf die Mieten abwälzen würden. Einer solch mietversteuernden Steuer stimmten deshalb die Stadtverordneten nicht zu, sondern lehnten sie mit 46 gegen 24 Stimmen ab.

Grimma. In der letzten Sitzung des Kirchenvorstandes zu Grimma sprachen sich von 15 Kirchenvorstandsmitgliedern 13 gegen die Bezeichnung des ersten Landesgeistlichen als „Bischof“ aus und empfahlen dafür den Titel „Landespfarrer“.

Möbels bei Borna. Der Sohn des Wirtschaftsbehörders Mäder, Arno Mäder, hat durch Spielerei beim Sperlingschießen mit Tsching dem Gutsbesitzer Reinhold Psau in dessen Gehöft das linke Auge ausgeschossen.

Crimmitschau. Bei einer von der Polizei hier bei 21 Händlern vorgenommenen Nachprüfung des Buttergewichts wurden bei drei Händlern 27 Stückchen Butter vorgesunden, die ein Mindergewicht aufwiesen. Die Butter verlor der Beschlagnahme und die verantwortlichen Personen sehen ihren Bestrafung entgegen.

Glauchau. Ein hier wohnender 13 Jahre alter Schulknabe hat sich in den letzten Wochen durch Herausgabe von größeren Geldbeträgen verdächtig gemacht. Die hiesige Kriminalpolizei hat nun ermittelt, daß der Schulknabe einen im gleichen Hause wohnenden Weber, den er immer früh geweckt hat, um über 600 Mark nach und nach erleichtert hat. Zuletzt hat er die ganze Brieftasche, der der Dieb das Geld immer entnahm, entwendet. Die Brieftasche mit 200 Mark konnte wiedererlangt werden. Für das übrige Geld hat sich der jugendliche Dieb eine Geige, Schlüssel und verschiedene Näscherien gekauft.

Langenberg. Bei einem Jungen wurde hier ein 13-jähriger Knabe aus Westfalen ermittelt. Nach dem Knaben waren schon 1½ Jahre lang polizeiliche Ermittlungen ange stellt worden.

Nerchau. Um die ausgeschriebene Bürgermeistersstelle sind 93 Bewerbungen eingegangen. Der Wahlausschuß hat 4 Herren, die im Gemeindedienst vorgebildet sind, zur engeren Wahl gezogen.

Zwoñík. Der Stumpfwirker Sieber aus Dörschnitz erschien hier in einem Geschäft, um ein Weil zu kaufen. Er erhielt auch das Verlangte, entfernte sich aber, ohne Zahlung geleistet zu haben. Als der Kaufmann ihm nachging und das Geld immer entnahm, entwendet. Die Brieftasche mit 200 Mark konnte wiedererlangt werden. Für das übrige Geld hat sich der jugendliche Dieb eine Geige, Schlüssel und verschiedene Näscherien gekauft.

Bautzen. Nach einem Berichte des städtischen Wohnungsamtes ist hier die Zahl der Wohnungssuchenden von 1950 Ende 1920 auf 3215 Ende 1921 gestiegen. Von den Wohnungssuchenden wurden im Jahre 1921 480 untergebracht, das sind 166 weniger als im Vorjahr. Es ist hier also eine wesentliche Verschärfung der Wohnungsnöte eingetreten, was das Wohnungamt auf den erheblichen Zuzug von auswärts zurückführt.

### Friedensrede Lloyd Georges.

Deutlicher Wink an Poincaré.

Vor einer viertausendköpfigen Zuhörerschaft hielt Lloyd George auf dem nationalliberalen Parteitag in Westminster eine große Rede über die innere und äußere Politik Großbritanniens und die allgemeine Weltlage. Als wichtigstes Problem der Gegenwart bezeichnete er die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens. Um das Vertrauen wiederherzustellen, müsse man einen wirklichen Frieden in der ganzen Welt schaffen. Dies sei die Aufgabe, der sich alle Regierungen gegenübergestellt führen.

Lloyd George schilderte dann die ernste Wirtschaftskrise, die augenblicklich in allen Ländern, vor allem aber in England, herrsche. In England seien zwei Millionen Arbeitslose, in den Vereinigten Staaten noch viel mehr. Solange nicht der Frieden in der Welt wiederhergestellt werde, sei England das größte Opfer und das am meisten leidtragende Land. Der Friede müsse auf einer festen

Grundlage guten Einvernehmens unter allen Völkern gegründet sein. Das sei die erste Bedingung des wirtschaftlichen Zuhauses in der Welt.

Lloyd George pries dann die Washingtoner Konferenz als einen neuenswerten Erfolg einer solchen Friedens- und Verständigungspolitik. Am Anschluß hieran betonte er mit besonderem Nachdruck die Bedeutung und den Wert der internationalen Konferenzen und vertrat damit gerade die entgegengesetzte Ansicht wie Poincaré, dem die diplomatischen Verhandlungen nach dem Ende der Kriegszeit, der katholische Meinungsaustausch durch Depeschen und Noten, in um die Nähe zu Gehirndiplomatie das Ideal sind. Die meisten Christenrechten einstehen durch Argwohn, der bestätigt wird durch einen beunruhigten Meinungsaustausch. Das sei in Washington erreicht worden. Es gibt, so erklärte Lloyd George, nur einen Weg zum Frieden: beharrliche Zusammenkünfte, Erörterungen und Konferenzen. Ohne Meinungsaustausch entstehen Mißverständnisse, und diese führen sich zu Verwicklungen auswachsen. Konferenzen beseitigen Mißverständnisse. Mit einem Brize sei die Sache nicht gemacht, man müsse sich von Angestellten zu Angeklagten gegenüberstellen. Wer den Frieden strebe, müsse den Mut haben, den einzigen Weg zu gehen, der zum Frieden führt, und muß an den Wert offener Verhandlungen glauben.

#### Mußblitz am Genua.

Lloyd George fuhr fort: In Genua soll jetzt eine Konferenz stattfinden, die größte internationale Konferenz, die je abgehalten wurde. Die Nationen Europas ohne Unterschied sind zur Teilnahme eingeladen worden. Wenn die Staatsmänner aller Nationen auf die Konferenz von Genua gehen, entschlossen, ihr Bestes zu tun, entschlossen, die Schwierigkeiten zu berücksichtigen und nicht in der Weise, daß Schwierigkeiten zu schaffen, entschlossen, daß Argwohn zu berücksichtigen, und entschlossen, zu helfen und nicht zu hindern, dann wird das Ergebnis dieser Konferenz ein guter Friedenspakt sein. Es sollte von dieser Stelle, soweit seine Schwäche gestattet, an alle Männer, die sich in Machthabern befinden, an alle Lenker der Menschheit die Außerordnung richten, im Geiste des Friedens nach Genua zu gehen, dann werde der Frieden folgen. Es wird keinen Frieden geben, wenn nicht ein wirkliches Einvernehmen vorhanden ist, und wenn nicht auf dieses Einvernehmen eine beträchtliche Verminderung der drückenden Rüstungen folgt, die immer noch auf der Welt lasten. Wenn in Genua ein Einvernehmen erzielt wird, so werden sicher die Nationen selbst eine Verminderung der Rüstungen verlangen.

Trotz allem soll Deutschland zahlen.

Die Frage der deutschen Reparationen erklärte Lloyd George, er gehöre nicht zu denjenigen, die der Ansicht seien, daß Deutschland die Zahlung dieser Summe erlassen werden müsse. Deutschland habe den Schaden unwillig angerichtet. Frankreich quält sich unter sehr schweren Kosten, um diese Schäden wieder herzustellen, dagegen Belgien, Italien und die anderen Länder. Deutschland sollte bezahlen und Deutschland könne bezahlen. Deutschland leide wie jedes andere Land unter dem großen Zusammenbruch des internationalen Handels. In zweiter Stelle nach Großbritannien hängt Deutschland mehr vom internationalen Handel ab, als jedes andere Land. Deutschland aber leide nur zeitweilig. Mit dieser Frage könnten sich die Sachverständigen befassen. Letztlich seien die Sachverständigen auch, bevor die Konferenz von Cannes auftauchte, zu einer Vereinbarung gelangt, die seiner Ansicht nach befriedigend sei, und die seines Erachtens für Deutschland annehmbar wäre.

## An der Wahl des Papstes.

### Die letzten Stunden Benedikts XV.

Nach den letzten amtlichen Meldungen aus Rom ist Benedikt XV. Sonntag vormittag kurz vor 6 Uhr nach schwerem Todeskampf gestorben.

Kurz nach Mitternacht hatte der Privatsekretär noch eine Messe in der beim Sterbezimmer benachbarten Kapelle gelesen. Gegen 2 Uhr zelebrierte der Großpönitentiar Kardinal Giorgi eine zweite Messe. Nach der Veröffentlichung des letzten Krankheitsberichtes blieben Kardinal Giorgi, der Privatsekretär und der Beichtvater des Papstes sowie Dr. Battistini im Sterbezimmer. Während die Anwesenden beteten, sagte Dr. Battistini zum Papst, daß sie für den Weltfrieden beten würden. Der Papst rief aus: „Wir geben unser Leben gern für den Weltfrieden hin!“ Alsdann legte sich der Heilige Vater aus die Seite und betrachtete die Umstehenden, die im Gebet verweilten. Kurz vor 6 Uhr morgens öffnete der Papst die Augen noch einmal, um sie gleich wieder zu schließen. Fünf Minuten später verließ die Glöckner vom St. Peter den Tod des hl. Vaters.

Nach dem Tode des Papstes hat der Kardinalstaatssekretär Gaspari die Leitung der Geschäfte übernommen. Unter seinem Vorsitz geht das Kardinalkollegium seine erste Versammlung ab, um über die Beisetzungserleichterungen und die Eröffnung des Konklaves Bestimmungen zu treffen. Nachdem von Kardinal Gaspari den anderen Kardinälen verlesenen Testament Benedikts XV. hinterläßt dieser sein Vermögen und seine Besitztümer in Begleitung seines Neffen Joseph della Chiesa. Außerdem hat der Papst in seinem letzten Willen bestimmt, daß sein Leichnam, mit den Pontifikalgewändern bekleidet, 3 Stunden lang im Thronsaal und danach zwei Tage hindurch in der Peterskirche aufgestellt wird.

#### Die Aufbahrung im Thronsaal.

Am Nachmittag wurde die sterbliche Hülle des Papstes, mit den Pontifikalgewändern bekleidet, feierlich in den Thronsaal übergeführt, wo in Anwesenheit des Kardinalkollegiums und des diplomatischen Korps die feierliche Aufbahrung des Papstes stattfand. Das Antlitz des Toten trägt den Ausdruck der Ruhe, die Augen sind unverändert. Beim Nobelpark bildeten die Ehrenwache.

Auf dem Petersplatz und vor dem Palast ver-

fehrte den ganzen Tag über eine große Menschenmenge; trotz des großen Andrangs ereignete sich aber kein Zwischenfall. In ganz Italien sind alle katholischen Kirchen halbmast gesetzt und — was eine Neuordnung ist — auf Anordnung des Ministerpräsidenten sind alle Staatschefs zum Beileid der Trauer geschlossen worden. Theater und Lichtspiele haben ihre Vorstellung abgesagt.

#### Beileidsausgabe des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident richtete anlässlich des Abschieds des Papstes an den Apostolischen Nuntius Pacelli in München nachstehendes Telegramm:

„Mei erachtet durch das Einscheiden Seiner Heiligkeit des Papstes spreche ich Euerer Exzellenz im Namen des Deutschen Reichs meine aufrichtige Teilnahme aus. Das deutsche Volk gedenkt in Dankbarkeit der großen Leistung des Papstes während des Weltkrieges und in der Folgezeit, sowie seiner unermüdlichen Bemühungen für den Wiederaufbau der Welt im Sinne der Völkerversöhnung und christlichen Nachstenliebe.“

Der bayerische Ministerpräsident hat im Namen der bayerischen Staatsregierung ein Beileidstelegramm an den Kardinalstaatssekretär gerichtet.

Der Präsident der französischen Republik Millerand hat dem päpstlichen Kurtius in Paris sein Beileid ausgetragen lassen und den auf den 25. Januar festgesetzten diplomatischen Empfang vertagt.

Die Vorbereitungen für die Wahl des Nachfolgers.

Der Oberbevollmächtigte der päpstlichen Nobelpartei für Italien hat als Vertreter des Papstes genommen von dem vatikanischen Palast, den er für das Konklave, die Versammlung des Kardinalkollegiums, vorbereitet wird. Das heilige Kollegium zählt gegenwärtig 61 Kardinäle, davon 31 Italiener und 30 Ausländer. Unter den letzteren befinden sich 3 Deutsche, 2 Österreichische, 5 Franzosen, 1 Belgier, 1 Ungar, 1 Tschechoslowake, 2 Polen, 1 Holländer, 6 Spanier, 1 Portugiese, 5 Amerikaner, 1 Kanadier und 1 Brasilianer. Nachdem der Oberlämmerer, dem Bruch entsprechend, am Abend des Totenbettes dreimal den Namen des Papstes gerufen hatte und keine Antwort erfolgte, ist die Nachfrage offen. Wer der Nachfolger Benedikts sein wird, ist noch ganz unbestimmt. Drei Tage nach dem Tode des Papstes beginnen die zehn Kongregationen der Kardinäle, die sich unter allerhand Leidenschaften mit den Vorbereitungen für die Wahl des neuen Papstes beschäftigen. Zehn bis zwölf Tage nach dem Tode des Papstes zieht das Kardinalkollegium in das Konklave, wo dann die Wahl endgültig vollzogen wird. Nach erfolgter Wahl nennt der gewählte den Namen, den er als Papst führen will, und dem in der Petruskirche versammelten Volke der Gläubigen wird das vollzogene Ereignis verkündet.

## Die Katholische Rundschau.

Berlin, den 24. Januar 1922.

— Der bekannte Rentenführer Reichs- und Landtagsabgeordneter Landesökonomierat Herold ist an der Beichtstätte erkrankt.

— Die bayerische Gesandtschaft in Stuttgart wird vorwiegend am 1. Februar wieder errichtet werden.

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

**Rumänien: Die Parlamentsattentäter vor Gericht?**  
In Rumänien beginnt der Prozess gegen über drei hundert Personen, die im Zusammenhang mit dem Attentat im rumänischen Senat verübten Anschlag angeklagt sind. Tausende Zeugen sind geladen.

**Ireland: Ein Weltkongress der Irlander in Paris.**

Über hundert Irlander aus allen Ländern, darunter auch der Lordmayor von Dublin, sind in Paris zu einem irischen Weltkongress zusammengekommen. Der Kongress trägt einen politischen Charakter, sondern beschäftigt sich ausschließlich mit wirtschaftlichen, literarischen und künstlerischen Fragen.

#### Ein rein sozialistisches Kabinett?

Berlin, 23. Januar. Wie das Stegerwaldsche Gewerkschaftsblatt „Der Deutsche“ erfährt, ist man sich in parlamentarischen Kreisen darüber einig, daß, wie der Reichstagspräsident Löbe erklärt hat, ein Scheitern des Steuerkompromisses auch den Sturz des Kabinetts Wirth zur Folge haben würde. Man ist in den Kreisen des Zentrums wie der anderen bürgerlichen Parteien der Meinung, daß ein reines sozialdemokratisches Kabinett in Frage kommen werde. Über die in einem solchen Halle zu beruhenden Persönlichkeiten bestehen noch keine Verhandlungen. Man hält es für ein Gebot der Billigkeit, daß die Sozialdemokratie, nachdem sie die Einführungsvorschläge der bürgerlichen Partei in der Frage des Steuerkompromisses abgelehnt hat, nunmehr auch allein die Verantwortung für die sich ergebenden Konsequenzen tragen müsse.

#### Der 9. November — gesetzlicher Feiertag?

Berlin, 23. Januar. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beantragt, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag zugleich den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, wonach der 1. Mai und der 9. November als gesetzliche Feiertage des deutschen Volkes erklärt werden.

#### Deutscher Reichstag.

Berlin, den 21. Januar.

##### Die Erhöhung der Beamtenbezüge.

Nach Übereinsetzung einer kleinen Vorlage an den Auskunftsbeginn steht das Haus die erste Einführung des vierten Reichstages zu. Der Reichstag fordert die Erhöhung der Beamtenbezüge.

Abg. Morath (D. W.) beantragt, die Teuerungszuschläge zu den Kinderlagen vom 1. Januar ab um 20 Prozent zu erhöhen.

Ministerialdirektor v. Schleben bittet um sofortige Verabschiedung der unveränderten Vorlage, damit die Auszahlung der Mehrheit am 1. Januar erfolgen kann. Später soll eine eingehende Aussprache über die Verhöldungsfragen stattfinden.

Die Abg. Frau Bleck (U. Soz.), Schmidt (Dem.) und Schmidt-Eit in (Dnl.) bedauern, daß nicht mehr für die Beamten getan werden könne.

Abg. Noesen (Kom.) kündigt einen großen Eisenbahnerstreik in Sachsen an.

Ministerialdirektor v. Schleben erwidert, daß eine wesentliche Überschreitung der Teuerungszuschläge schon jetzt stattfinde. Die grundlegenden Verhandlungen beginnen am Dienstag im Reichstagsministerium.

Der volksparteiliche Antrag, wonach in denseligen Etappen, in welchen den Arbeitern im Arbeitsdienst Überlebenszuschläge gezaubert werden, den Beamten ein Zuflug in Höhe ihres Dringlichkeitsgrades gewährt werden soll, wird abgelehnt, ebenso ein weiterer volksparteilicher Antrag, wonach die Teuerungszuschläge zu den Kinderlagen vom 1. Januar 1922 auf 40 Prozent betragen sollen.

Die Vorlage wird darauf unverändert in zweiter und dritter Lesung gegen einige Kommunisten angenommen.

##### Eine Trauerkundgebung für Papst Benedikt XV.

Präsident Poens unterrichtet darauf die Sitzung und macht Mitteilung von dem Ableben des Papstes. Er erinnert daran, daß der Papst in der Kriegszeit die moralische Macht seines Amtes und alle seine Kräfte einsetzte für die Befreiung menschlicher Leidens, die Verhinderung des Holocausts und die Verhinderung der Völker. Er nahm sich besonders der Kriegs- und Kriegsgefangenen an. Auch nach dem Frieden von Versailles setzte er sich für die Völkerbefreiung ein, zuletzt noch in Washington. Tausende deutscher Kinder sind durch seine Vermittlung in den Stand gesetzt worden, sich warm zu kleiden und sich zu sättigen. Das deutsche Volk nehme diesen Anteil an dem frühen Tode dieses verdienten Mannes.

##### Die Wirtschaftslage in Ostpreußen.

Nach dieser Trauerkundgebung führt das Haus in seiner Tagessitzung fort. Zur Beratung steht eine deutsch-nationale Interpellation, die Maßnahmen der Regierung zur Besserung der Wirtschaftslage Ostpreußens, vor allem auf dem Wege des Flächenausgleichs, fordert.

Abg. Graf v. Rantz (Dnl.) begründet die Interpellation. Ostpreußen muß wirtschaftlich auf viel weiteren Flächen stehen als irgendwo anderer Landesteil, weil es nicht mehr in dreifacher Beziehung mit dem Reich steht. ganze Güterwagen verschwinden spurlos im polnischen Korridor. Hört! hört! Tarifabschlüsse treffen Ostpreußen höher als andere Gebiete. Darum ist auch die Teuerung in Königsberg größer als in Berlin und Hamburg.

Berlin, den 23. Januar.

Zum Schriftführer für den Abg. Dr. Pfeiffer (Btr.), der als Gefandter nach Wien gegangen ist, wird Frau Teutsch-Köln (Btr.) gewählt.

Der Gesetzentwurf über den Vertrag mit ausländischen Zahlungsmitteln, durch den die wilde Devise spekulativen eingedämmt werden soll, wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Danach dürfen Geschäfte über ausländische Zahlungsmittel nur mit oder durch Vermittlung der Reichsbank oder anerkannter Banken und Bankiers abgeschlossen werden. Das Gesetz tritt am 1. März 1922 in Kraft.

##### Das Reichsschulgesetz.

Auf der Tagessitzung steht dann die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Ausführung des Artikels 146 Absatz 2 der Reichsverfassung. Paragraf 1 besagt, daß die Volksschulen Gemeinschaftsschulen sind, soweit sie nicht Elementarschulen oder betriebswirtschaftliche Schulen bleiben oder werden. Die betriebswirtschaftlichen Schulen sind entweder wirtschaftliche Schulen oder Wirtschaftsschulen. In der Gemeinschaftsschule ist Religionsunterricht ordentliches Recht. Betriebswirtschaftliche Schulen sind zulässig, wenn zur gemeinschaftlichen Pflege des Gemeinschaftsvertrages eine Körperschaft des öffentlichen Rechts besteht.

Wirtschaftliche oder Wirtschaftsschulen sind die Volksschulen, die Religionsunterricht nicht erfordern. Innerhalb einer Gemeinde sind zur Stellung eines Antrages auf Einrichtung von Betriebswirtschaftlichen oder betriebswirtschaftlichen Schulen die Erziehungsberechtigten befugt.

Staatssekretär Schulz weist darauf hin, daß die Vorlage das Ergebnis des Weimarer Schulkompromises zwischen Zentrum und Sozialdemokraten ist. Die gewünschte Auslegung des Entwurfs würde die Lösung der schwierigeren Fragen ins Ungewisse verzögert haben; die Verabschiedung des Gesetzes drängt außerordentlich. Die gleichzeitige Einrichtung von Betriebswirtschaftlichen und von wirtschaftlichen Schulen bedeutet eine weitgehende Duldung.

Abg. Hellmann (D. W.) begrüßt es, daß endlich die wirtschaftliche Schule erscheinen solle. Sonst aber habe das Gesetz noch zuviel zu hängeln. Redner wendet sich entschieden gegen die Konfessionschulen.

Abg. Rheinländer (Btr.): Die Besorgnis um die Religionschule ist in dem gläubigen Teil unseres Volkes seit der Revolution nicht mehr gewichen. Wir wollen gottesfürchtige deutsche Menschen erziehen, die ihr Land kennen und lieben und die bewohnte Volkgemeinschaft pflegen und die über den Kreis dieser Volkgemeinschaft hinaus alle Menschen als Brüder anerkennen.

Abg. Dr. Mumm (Dnl.): Ich stimme der Vorlage zu, stimme aber der Ausschlußberatung zu und betone, daß die Deutschen nationalen fest zur christlichen Schule stehen.

Abg. Dr. Rautel (D. W.): Ich hoffe den Entwurf für verfassungswidrig, da er die Simultanenschule abbauen will. Völlig verfassungswidrig sei die neue Gemeinschaftsschule. Kompromisschule soll nach der Weimarer Verfassung die christliche Gemeinschaftsschule sein. Die wirtschaftliche Schule einzuführen, wäre eine Katastrophe für den Volksgeist.

Die Weiterberatung wird auf Dienstag verlegt.

#### Die Schuldner Amerikas.

##### Eine Warnung an Europa.

Der amerikanische Senator Mac Cormick veröffentlicht eine längere beachtenswerte Erklärung, in der er sich mit der augenblicklichen Lage in Europa beschäftigt. Er sagt darin u. a., daß zwischen den Pyrenäen und der Wolga mehr als 12 Staaten beständen, von denen viele Schuldner der Vereinigten Staaten seien. Seit dem Waffenstillstand habe Amerika Europa etwa sieben Milliarden Dollar vorgeschoßen. Im vergangenen Jahre habe die Ausfuhr der Vereinigten Staaten die Einschüre um 2 Milliarden Dollar übersteigen, was weitgehende Kreditlinien zur Auszahlung gehabt habe. Die europäischen Regierungen, teils Amerikas Verbündeten, teils Amerikas Feinde während des Krieges, und die Neutralen hätten gewaltige Summen verwandt nicht nur für den außerordentlichen Wiederaufbau, sondern auch für große militärische Einrichtungen, für ein ungeheurem Beamtenheer und für die Bezahlung ihrer inneren Schulden. Die Tatsache der unausgesetzten贋ahme der Beamtenchaft und der Unterhaltung großer Heere erwiese bei dem amerikanischen Staatsbürgern nicht nur Aweil an dem Frieden Europas und seiner wirtschaftlichen Zukunft, sondern dränge ihm auch die Frage auf, welche Rolle er, der amerikanische Staatsbürgert, bei der Unterhaltung der europäischen Heere spielt. Bei seiner eigenen Regierung habe er die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben unbedingt verlangt, und zwar mit Erfolg. In Amerika gäbe es viele Leute, die sich mit der Frage beschäftigen, bis zu welchem Grade die Politik der fremden Staaten und die chronischen Fehlbeläge der europäischen Regierungen dazu beitragen, die wirtschaftliche Unordnung der Welt, die Arbeitslosigkeit der amerikanischen Arbeiter und das Sinken der amerikanischen landwirtschaftlichen Produktion herbeizuführen. In Amerika denkt man, daß es Pflicht sei, den Ursachen nachzugehen, daß es aber auch Pflicht sei, durch privaten Bestand oder durch öffentliche Hilfe an dem Wiederaufbau der französischen Dörfer teilzunehmen und durch Nahrungsmitte die Kinder in den notwendigen Ländern zu unterstützen, sowie dem hungernden Russland zu Hilfe zu kommen. Wenn aber die Fehlbeläge in den Staatsfinanzen fortwähren, wenn die weitere Ausgabe von Papiergeld fortgesetzt werde, welcher Nutzen gehe dann der europäische Kredit und der europäische Warenaustausch entgegen!

#### Der Schutz der Feiertage.

Das vergangene Weihnachtsfest erinnerte mahnend an das Schicksal, dem in einigen deutschen Ländern die kirchlichen Feiertage ausgezogen worden sind. Im Freistaat Sachsen hat man das Epiphaniasfest und den Bußtag bereits staatsrechtlich abgeschafft. In Thüringen ist durch staatliches Notgebot das Reformationsfest aufgehoben worden. Hier und in Sachsen besteht die Absicht, noch weitere Feiertage — genauer wurden Karfreitag und Himmelfahrt — zu beseitigen. Ob Braunschweig bei der Wiederkehr der alten Regierung nach den Neuwahlen Ende Januar nicht einen Kampf um das Weihnachtsfest erlebt, ist fraglich. Der Kaiser einzelner Regierungen ist so groß gegenüber Christentum und Kirche, daß sie schließlich auch nicht vor den Festtagen erster Ordnung, die im Volks- und Familienleben tief verwurzelt sind, halt machen werden. Sie wollen die Feiertage, welche das für die Mehrheit des Volkes unentbehrliche Erbgut religiöser Geistigkeiten und auch heute noch den Mittelpunkt inneren seelischen Lebens für Unzählige bedeuten, plakatisch abschaffen und den 1. Mai und 9. November an ihre Stelle setzen. Während vor kurzem der demokratische Antrag auf Einführung eines Trauergedenktages für die Gefallenen von den Sozialisten abgelehnt wurde, also eine Feier, die das Gesamtvolk vereinigen könnte, wird wohl bald ein Antrag auf reichsgefechtliche Einführung des 1. Mai und 9. November im Reichstag erworben.

Es ist dies eine von vielen Methoden, für die Republik keine moralischen Grobheiten zu machen. Man verleiht das religiöse Gefühl wie die Christlichkeit der Mehrheit des deutschen Volkes vor den großen Leistungen seiner Geschichte blindlings und glaubt, politische und sittliche Fortschritte im neuen Staate erleben zu können, indem man auch das Wertvolle der Vergangenheit zertrümmt.

Man muß allerdings erkennen, daß das Verhalten weiteren Kirchenkreise, insbesondere vieler Paroisse,

zum neuen Staate die Kirchengegnerschaft oder Laiheit des Sozialismus zur heiligen Feindschaft zu stellen geeignet ist. So gewiß jeder Geistliche das Recht offener, freier politischer Stellungnahme hat wie jeder Staatsbürger, hat er sich doch in seiner amtlichen Tätigkeit der politischen Kritik zu enthalten. Der Staatsbeamte hat aus Rechtsgründen, der Geistliche aus religiösen Gründen der Gemeinschaft zu dienen. Beim Geistlichen und seiner Art und innerlich sein solle ländliche Tätigkeit kann eine Kritik nur wenig erreichen; um so nötiger ist Selbstbeschränkung und Willen, allen zu dienen. Die Kanzel darf nicht zur Agitation für die Parteien benutzt werden.

Es steht bei der so heiß begehrten Volkskirche, wie beim Volksstaat: man liebt sie in Worten und hemmt ihr Kommen durch politische und kirchliche Parteiarbeit. Die Leidtragenden sind jene, welche in der Kirche die Gemeinschaft des Glaubens und der Liebe erhalten und sie nicht zur Partei, sondern zur Volkskirche gestalten wollen. Ihr müssen aber die Feiertage erhalten bleiben. Und da diese Angelegenheiten der Mehrheit des Volles sind, müssen sie vom Staate geschützt sein. Der Artikel 139 der Reichsverfassung zuläßt offenbar nicht, diesen Schutz zu leisten. Die Reichsregierung lehnte ein Einschreiten gegen die Väter, welche bisher anerkannte Feiertage abgeschafft haben, ab. Sie ist der Meinung, der Artikel 139 lasse verschiedene Auslegung zu. Den Landeskirchen fehlt an der Möglichkeit, eine Auslegung im Widerspruch gegen die Reichsregierung oder die Landtage zur Entscheidung des Obersten Gerichtshofes nach Artikel 13 der Reichsverfassung zu bringen.

Es ist darum nötig, daß ein Antrag im Reichstag eingebracht werde, der die Feiertage, die bis zum 11. August 1919 in den Ländern geführt waren, in demselben Maße wie Reichsgegenwart schützt und Blendasungen nur durch Reichsgesetz zuläßt. Der Streit um die Auslegung des § 139 wird dadurch überflüssig.

#### Aus Stadt und Land.

\*\* Ein kommunistischer Handgranatenanschlag. Vor kommunistischer Seite wurde in Heydekrug (Vorpommern) bei der Abschließfeier für den Landwirt Dr. Stort ein Handgranatenanschlag unternommen. Als die Attentäter eine Handgranate unter die Feststellnehmer werfen wollten, wurden die Beteiligten, im ganzen vier Personen, darunter ein Russe, verhaftet.

\*\* Die Un Sicherheit in Oberschlesien. Bei einem Straßenraub in Beuthen fielen einem unbekannten maskierten Manne über 100 000 deutsche Mark in die Hände. Der Täter entkam. Innerhalb 24 Stunden sind in Beuthen drei Raubüberfälle verübt worden, bei denen die Räuber entflohen konnten.

\*\* Ein Gutsaufsturz in Ostpreußen. Der Allensteiner Holzhändler Kuchenbäcker ist einem Raubmord zum Opfer gefallen. Kuchenbäcker wurde am 22. Dezember von zwei Männern nach Hinsicht-Damrou (Kreis Orléansburg) gelöst, wo sie ihm ein Grundstück verkaufen wollten. Nachdem sie in Orléansburg gemeinsam ein Kaffee befreit hatten, fuhren sie nach Jeschowitow und gingen dann etwa 1½ Kilometer nordöstlich in einen Wald, wo sie ihn niederschlugen, erschossen und erwürgten und ihm 60 000 Mark in Tausendmarksscheinen raubten. Diese Raubmorde an Guts- oder Grundstücksveräufern haben sich in der letzten Zeit derart gehabt, daß nicht genug davor gewarnt werden kann, derartige Veräußerungen nicht mit der größten Vorsicht zu behandeln.

\*\* Da werden Weiber zu Phänomene... Die drei dreimalig vorbestrafte Chefsrau Giggen in Gelsenkirchen hat im Berlau's eines Streites den arbeitslosen Bergmann Breitkopf, mit dem sie in wilder Ehe lebte, durch einen Messerstich in die Brust getötet. Die Mörderin behauptet, von Breitkopf zuerst täglich angegriffen worden zu sein.

\*\* Kirchenräuber in Dortmund. Aus der Katholikenkirche in Dortmund wurden von Einbrechern das Tabernakel mit silberner vergoldeter Monstranz, das Biberum sowie sechs silberne Leuchter im Gesamtwert von 100 000 Mark geraubt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

\*\* Die Autorauberei in Dresden hat in Dresden bedauerliche Folgen gehabt. Dort überfuhr ein wie toll dahinrasendes Auto drei weibliche Personen, eine Frau, ein Mädchen und ein Kind, und verletzte sie so schwer, daß sie sofort ins Krankenhaus gebracht werden mussten. An ihrem Aufkommen wird gezwitschelt.

\*\* Große Unterschlagungen bei der Eisenbahn. Bei der Hannoverschen Eisenbahngesellschaft sind große Unterschlagungen entdeckt worden. Der Eisenbahnjäger Nebbermeyer, der als ein zuverlässiger Beamter gilt, hat seit 1919 eine Summe von 425 000 Mark veruntreut. An den Unterschlagungen sind auch andere Eisenbahnbeamte beteiligt. Das Geld wurde zur Errichtung eines Warenlagers und zu anderen gewerblichen Zwecken verbraucht. Es handelt sich um Gelder, deren Bugehörigkeit noch nicht ganz feststand und die deshalb als vorläufig durchlaufende Reise gebucht waren, woraus sich erriet, daß die Unterschlagungen jetzt entdeckt wurden.

\*\* Die Potsdamer Luisenschiffhalle in Spanien. Die durch den Friedensvertrag gesetzten Abdankungsarbeiten an der Potsdamer Luisenschiffhalle sind jetzt so weit gediehen, daß nur noch das Eisengerüst da steht. Dieses wird sorgfältig zerlegt und nach Spanien gesandt. Dort wird die zerlegte Halle als Bahnhofshalle wieder aufgestellt.

\*\* Unter Trümmern begraben. In einem Bau der durch Explosion zerstörten Oppauer Stadtbefestigung wurden acht Leichen gefunden, die im Keller vollständig von Schuttmasse zugedeckt waren. Weitere zwei Leichen wurden in einem anderen Bau ebenfalls zerstört unter Trümmern begraben aufgefunden.

\*\* Eine schwedische Fliegerin abgeschossen. Bei einem Fallschirmsprung in Uppsala mit einem Helios-Fallschirm verunglückte die einzige Fliegerin Schwedens, Frau Elsa Andersson. Der Schirm entfaltete sich nicht. Frau Elsa Andersson stürzte aus einer Höhe von 400 Metern herab und war sofort tot.

### Kleine Nachrichten.

\* Der Direktor der Leipziger Erdbebenwarte, Universitätsprofessor Wilhelm Wenger, ist im Alter von 36 Jahren in den Folgen der Grippe in Leipzig gestorben.  
\* Auf einem Wiener Postamt wurde ein ehemaliger Postbeamter in dem Moment verhaftet, als er einen Postbeutel, in dem sich 4½ Millionen Kronen befanden, zu rauben versuchte.  
\* In Lissabon (Portugal) sind die Straßenbahngesellschaften in den Ausland getreten.  
\* In Dohrau, O.S., starb das frühere Herrenhandelsmitglied Graf von Schert-Thoh.

### Gerichtsaal.

**Der Heidelberg-Mordprozeß.** Die Schuldfragen, die nach der Beweisaufnahme im Mörderprozeß gegen Siebert an die Geschworenen gestellt werden, beziehen sich auf Meineid, verübten Raubmord und Straftaten und vollendeten Raubmord an den beiden ermordeten Bürgermeistern. Hilfsfragen auf Totschlagsversuch und Raubmordversuch, auf Unterschlagung und Habsler werden auf Antrag der Verteidigung den Schuldfragen hinzugefügt. Der Oberstaatsanwalt wies dann in seinem Plädoyer darauf hin, daß der Indizienbeweis für die Schuld des Angeklagten lückenhaft sei. Den Angeklagten bezeichnete er als einen der schärflichsten Verbrecher, dessen Taten eines französischen Senatoren würdig gewesen wären. Er verlangt von den Geschworenen den Kopf Sieberts und beantragt die Verhauptung der Schuldfragen.

**Gelehrte Rheindt zu 21 000 Mark Geldstrafe verurteilt.** In dem Berliner Prozeß gegen das Gelehrte Rheindt-Ballett wurde folgendes Urteil gesprochen: Es erhielten: der angestellte Oberleutnant a. D. Alfred Seweloh 16 000 Mark Geldstrafe, Frau Seweloh (Ehefrau des Rheindt) 21 000 Mark Geldstrafe, Kabarettdirektor Heinz Füg 400 Mark Geldstrafe, Kaufmann Gotthelf 200 Mark Geldstrafe und Kaufmann Klah 300 Mark Geldstrafe; die übrigen Angeklagten, darunter die jugendlichen Tänzerinnen, wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Das Gericht war der Ansicht, daß die Tänze das Schamgefühl jedes normalen Menschen verleihen müssen.

### Sport und Verkehr.

**Deutsch-amerikanische Übersee-Kabel.** Nachdem uns durch den Britenländischen Vertrag sämtliche Über-

Für die unerhörte Liebe, unvergängliche Entschließung, Frau

**Marie Auguste Fischer**

geb. Reichel

und uns dargebrachten Beweise treuer Liebe und Verehrung, die unserm wunden Herzen so unendlich wohlgetan haben, sagen aus tiefstgefühlttem Herzen innigsten Dank!

Schönfeld, 24. Januar 1922.

Die liebsternden Hinterbliebenen.

**Die Fürstin von Beranien kommt.**

Ein kleiner, ehrlicher  
Kochhofen  
ist zu verkaufen bei  
Witwe Spörkert, hier.

Wie jungen eben  
früchtigen Schmiedegesellen u. Schlossergesellen.  
Gebrüder Mende, Seifersdorff.

### Fernsprechteilnehmer-Verzeichnis

Der Amts-Dippoldiswalde, Schmiedeberg-Ripplsdorf und Lauenstein  
Handlich und übersichtlich

Preis 3 Mark. Preis 3 Mark

Zu haben:

in Dippoldiswalde beim Verlage, Buchdruckerei Carl Jähne  
in Schmiedeberg: Buchbinderei und Buchhandlung Räßner  
in Ripplsdorf: Drogerie Paul Holler  
in Lauenstein: Buchbindermaster Schölle  
in Geising: Buchbindermaster Herrschel  
in Lauenstein: May Koppisch  
Auch die Zeitungsausträger der "Weißeritz-Zeitung"  
nehmen Bestellungen an

**Bögel**  
und andere Tiere  
sprost sofortig. b. aus  
**Fr. Flatau,**  
**Dippoldiswalde,**  
**Dilla „Paradies“.**

**Ia. Weiß-**  
**Stücksalz**  
zum Bauen u. Düngen empfohlen  
**Paul Dierck,**  
**Dippoldiswalde, am Bahnhof.**

**Die Fürstin von Beranien kommt**

### Verloren

wurde ein ledernes Armband mit Uhr von einem armen Mädchen am Freitag abend von Gasthof Wart über St. Imbrau nach Oberhäslich. Der ehrliche Finder wird gebeten, gegen Belohnung abzugeben Oberhäslich Nr. 14.

**Braunerste**  
lautet

**Brauerei Dippoldiswalde.**

**Stroh**  
lautet

**Karl Oppelt, Dippoldiswalde,**  
Telephon 162.

**Häcksel** (en gros, detail)

seelabel genommen worden sind, bleibt Deutschland, wenn es nicht in ständiger Abhängigkeit von den neuen Besitzern der ehemaligen deutschen Kabel bleiben will, — nichts anderes übrig, als auf eigene Kosten bezw. mit fremder Hilfe neue Kabel zu legen. Zu diesem Zweck hat die deutsch-atlantische Kabelgesellschaft mit einer amerikanischen Firma einen Vertrag zur Inbetriebnahme eines neuen Kabels zwischen New York und Emden via Azoren abgeschlossen. Die Inbetriebnahme soll im Oktober 1923 erfolgen.

### Volkswirtschaft.

**Der Stand der Mark.** Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	23. 1.	21. 1.	1914
100 holländische Gulden	7427	7243	167,- M.
100 belgische Franken	1563	1548	80,- "
100 dänische Kronen	4096	5986	112,- "
100 schwedische Kronen	5084	4985	112,- "
100 italienische Lire	884	871	80,- "
1 englisches Pfund	861	842	20,- "
1 Dollar	204	199	4,20
100 französische Francen	1628	1623	80,- "
100 schweizerische Franken	3966	3896	80,- "
100 tschechische Kronen	377	345	"

### Kreditklaus für den 25. Januar.

1586 \* Der Maler Lucas Cranach der Jüngere in Weimar (\* 1515) — 1759 \* Der schottische Dichter Robert Burns in Altenahr in der Grafschaft Aye († 1796) — 1776 \* Der Schriftsteller Joseph v. Görres in Koblenz († 1848) — 1855 \* Der Historiker Eduard Meyer in Hamburg.

### Letzte Nachrichten

Die Wöhle des neuen Papstes.

Das heilige Kollegium zählt gegenwärtig 61 Kardinäle, davon 31 Italiener und 30 Ausländer, unter diesen 3 Deutsche, 5 Franzosen, 1 Belgier, 2 Österreicher, 1 Ungarn, 1 Tschecho-Slowaken, 2 Polen, 1 Holländer, 6 Spanier, 1 Portugiese, 5 Amerikaner, 1 Kanadier und 1 Brasilianer.

### Was Frankreich verlangt.

Paris. Wie der "Matin" mitteilt, verlangte die französische Regierung von der englischen, daß der Schutzvertrag nicht für 10, sondern für 25 Jahre abgeschlossen werden solle. Frankreich verlangte ferner, daß jede Verletzung der von den Alliierten besetzten Linien durch Deutschland als feindselige Handlung betrachtet werde, wodurch der casus foederis eintrete. Ein deutscher Angriff gegen die englischen Linien im Rheinland solle ebenfalls als Kriegshandlung angesehen werden, wodurch die französische Hilfe von selbst gegeben sei. Schließlich verlangte Frankreich, daß die militärische Hilfe zwischen den beiden Mächten in einer Militärkonvention klar ausgedrückt werde.

### Der Rita-Synk.

Obwohl die Kaiserin Zita entgegen allen anders laufenden Gerüchten sich noch in der Schweiz befindet, ist die Kleine Enthaltung doch schon sehr nervös geworden.

Als in der Nacht zum 19. d. M. in Prag eine Meldung aus Wien eintraf, derzu folge die Kaiserin mit ihrem ältesten Sohne Otto aus der Schweiz abgereist sei, machte sich in diplomatischen Kreisen sofort eine große Aufregung bemerkbar. Diese steigerte sich naturgemäß, als zwei Stunden später nach dem Einlangen der Wiener Meldung aus Belgrad telegraphiert wurde, daß dort das Gerücht verbreitet

sei, die Habsburgerin werde in den nächsten Tagen mit ihrem Sohne in Budapest eintreffen, um ihn als König und sich selbst als Regentin auszufeuern zu lassen. Es ließ sich allerdings in verhältnismäßig kurzer Zeit einwandfrei feststellen, daß diese Gerüchte, zumindest im gegenwärtigen Augenblick, grundlos seien. Man ist jedoch in diplomatischen Kreisen geneigt, anzunehmen, daß sie möglicherweise nur den tatsächlichen vorausgeht seien. Infolgedessen wurde sofort ein sehr lebhafter Verkehr zwischen Belgrad, Prag und Budapest aufgenommen und eingeweihte Kreise wollen wissen, daß auch zwischen den Außenministern von Wien und Prag die telefonische Verbindung im Laufe des Donnerstags mehr als ein Duhndmal hergestellt werden mußte.

Die Besichtigungen der Kleinen Enthaltung sind durch den Aufstieg Poincarés an die Spitze der französischen Regierung wesentlich gesteigert worden. In Prag liegen unzweifelhaft dokumentarische Beweise darüber vor, daß der Bruder der Kaiserin, Prinz René von Parma, während der Konferenz von Cannes dorfselbst sich über eine Woche lang aufgehalten und mit verschiedenen einflussreichen Konferenzteilnehmern verhandelt hat. Es ist auch bekannt, daß Prinz René im Auftrage des Kaisers Karl dem Ministerpräsidenten Poincaré die österreichische Karls unterbreitet und dessen Hochachtung, die er vor der "ritterlichen, edlen Nation" habe, zum Ausdruck gebracht hat. Über Belgrad ist nach Prag gemeldet worden, daß Prinz René am Sonnabend in Paris gewesen und in der Nacht zum Sonntag von dort abgereist sei. Nach all dem befürchtet man, daß Frankreich nunmehr den Plänen der Habsburger noch weniger ablehnend gegenüberstehe als früher. In Ungarn selbst, so meint man in tschechischen Regierungskreisen, hat man in der ganzen Sache bisher lediglich eine Komödie gespielt.

Entgegen der Nervosität der Staatsmänner kann man in Volkskreisen, auch in tschechischen, diesmal angesichts der Putschgerüchte eine auffallende Ruhe und Gleichgültigkeit feststellen. Auch in der tschechischen Presse, mit Ausnahme einiger überhauptschwächer Blätter, säuselt der Wind noch ziemlich sanft. Jedensfalls scheint doch zufolge der Mobilisierung-Vlame in vorigen Herbst eine heilsame Lehre nachzuwirken. So leicht wie damals kann man sich offenbar zum Kriegsgeschrei nicht wieder entschließen.

Was die deutsche Bevölkerung der Tschecho-Slowakei betrifft, so steht sie nach wie vor auf dem Standpunkte, daß sie zwar eine Wiederaufrichtung der Habsburger Herrschaft nicht wünschen könne, daß aber die Staatsform und Dynastiefrage in Ungarn eine innere Angelegenheit sei, in welche sich andere Staaten nicht einzumischen haben. Keinesfalls sind die Deutschen bereit, dieser Angelegenheit wegen einem Kriege gegen Ungarn zugestimmen.

### Gemeindeverbands-Spar- und -Girokasse

Reinhardtsgrimma.

Nächster Expeditionstag in Reinhardtsgrimma Mittwoch den 25. Januar von 2-5 Uhr.

Gemeindeverbands-Spar- und -Girokasse Höckendorf expediert von Sonntag den 15. Januar bis Dienstag den 31. Jan. täglich von 1/2-6 Uhr.

### Kirchen-Nachrichten.

Mittwoch den 25. Januar

Johnsbach. 8 Uhr Bibelstunde.

Donnerstag den 26. Januar.

Schellerhau. 8 Uhr Bibelstundende im Pfarrhaus.

Zum achten Eltern

Montag 1922 gute Feier.

Stelle bei

Böddermanns Blühner,

Schmiedeberg.

**Die Fürstin von Beranien kommt.**

### Bolfstümliche musikgeschichtl. Vorträge

von Professor Alfred Pellegrini — Dresden.

6 Vorträge über die Geschichte der Musik vom Antiquum bis zur Neuzeit; 7. Vortrag Endtag mit Aufführung von Wagner's Parsifal. Jeweils Dienstag abends von 8-10 Uhr in der Bürgerhalle. Zimmer Nr. 12, erstmals Dienstag den 31. Januar.

Teilnehmerpreis für den gelungenen Aufführung 30.—.

Einzelangaben liegen in der Geschäftsstelle dieses Blattes aus.



Zu haben: Bücherei-Apotheke 8, Druckerei zum Eisgruben und in allen einschlägigen Geschäften.

### Für die Gemeindebehörden!

### Quittungen über verwendete Steuermanchen

hat wieder vorräti

Carl Jähne, einzige Buchdruckerei am Platz.

### Drucksachen

Befert Carl Jähne.

**Die Fürstin von Beranien kommt**

**Die Fürstin von Beranien kommt.**

**Ein kleiner, ehrlicher Kochhofen**

ist zu verkaufen bei

**Witwe Spörkert, hier.**

**Wie jungen eben**

**früchtigen Schmiedegesellen u. Schlossergesellen.**

**Gebrüder Mende, Seifersdorff.**

**Die Fürstin von Beranien kommt**

**Verloren**

wurde ein ledernes Armband mit Uhr von einem armen Mädchen am Freitag abend von Gasthof Wart über St. Imbrau nach Oberhäslich.

Der ehrliche Finder wird gebeten, gegen Belohnung abzugeben Oberhäslich Nr. 14.

**Suche zum baldigen Antritt**

**zweckdienstliches, ehrliches**

**Sonderkursus**

beginnt Donnerstag abend 7 Uhr

in Zimmer 10 der Bürgerhalle.

**Lehrer der Stenographie**

Anmeldung hierzu schriftlich erbeten an den Vorstand des

Ver. ins. henn. Buchdruckerei.

**Heinz Jähne**

**Suche zum baldigen Antritt**

**zweckdienstliches, ehrliches**

**Sonderkursus**

beginnt Donnerstag ab

# Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 21

Mittwoch den 25. Januar 1922

88. Jahrgang

## Die Atempause.

Unter der am 15. Januar und 15. Februar fällig gewesenen Zahlungen von rund 150 Millionen Goldmark hat sich die Reparationskommission in Cannes bereit gefunden, von der Reichsregierung vom 18. Januar an in zehntägigen Zwischenräumen die Zahlung von 31 Millionen Goldmark in Unrechnung auf die gestundeten Beträge entgegenzunehmen. Die deutsche Regierung hatte in Cannes erklärt, insgesamt zu den beiden ersten Fälligkeitsterminen dieses Jahres 150 bis 200 Millionen Goldmark an Devisen ausbringen zu können. Die zehntägigen Zahlungen würden diesen Devisenvorrat in rund zwei Monaten erschöpfen. Dann stehen wir wieder vor der alten Not, zumal gegen das Frühjahr noch erhebliche Entnahmefristen von ausländischem Getreide zur Ergänzung unserer Brotversorgung bis zur neuen Ernte nötig werden. Auch dauert der Zahlungsaufschub nur bis zur Entscheidung der Reparationskommission oder des Obersten Rates über das von Deutschland geforderte Leistungsprogramm für 1922 und die Reformvorschläge zur Wiederherstellung unserer Staatsfinanzen. Es ist uns also nur eine kurze Atempause gebüttet, die zu einer nennenswerten Entlastung nicht führen wird, wenn die feindlichen Mächte auf den Grundlinien einer Reform bestehen, die sie in Cannes bereits aufgestellt hatten und nur infolge des Auswärts der Franzosen noch nicht zum Abschluß erhalten haben, und in denen die verlangte Erhöhung der Tarife und Kohlenpreise auf das Weltmarktniveau und die Balanzierung des Reichstals durch neue Steuern mit der Förderung der Einstellung des Banknotenbruchs in unüberbrückbarem Widerspruch steht.

Nicht eine Stundung auf kurze Sicht kann Deutschland von dem Druck der Reparationslast befreien, sondern einzig und allein die fühlbare Erleichterung dieser Last auf ein erträgliches Ausmaß. In einsichtigen Kreisen der Siegerländer ist diese Erkenntnis im Nachgang. Der englische Volkswirtschaftler J. M. Keynes gibt in einer vor kurzem erschienenen neuen Abhandlung: "Eine Abänderung des Friedensvertrages" dieser Notwendigkeit von neuem einen klaren und genau umrissenen Ausdruck. Er erklärt die Reparationslast von 182 Goldmilliarden nach dem Londoner Zahlungsplan, zu der die Entschädigungszahlungen an Belgien treten, von vorneherein für viel zu hoch gegriffen. Die britischen Vertreter im Reparationsausschuß hatten von Anfang an einen Beitrag von 110 Milliarden für angemessen erklärt. Von diesem Betrage rechnet Keynes aber die gesamten Kriegspensionen ab, deren Aufzehrung auf Deutschlands Schultern im Widerspruch zu den seiterlichen Zugaben stehe, die Deutschland beim Waffenstillstand gegeben worden sind. Sie erhöhdern allein 74 Milliarden; nach ihrem Abzug bleiben nur 36 Milliarden übrig. Aber auch die Zahlung dieser Summe durch Deutschland, zu der es an sich vielleicht imstande wäre, würde eine Steigerung des deutschen Ausfuhrhandels, aus dessen Erträgen sie allein bezahlt werden könnte, in einem für England unerträglichen Umfang erfordern. So sollten England, die Vereinigten Staaten, Italien und die kleineren der kriegsführenden Länder auf ihrem Anteil verzichten, und Deutschland hätte dann nur noch 18 Milliarden an Frankreich und 8 an Belgien zu zahlen, was mit Rücksicht und Tilgung einen Jahresbetrag von etwa 1260 Millionen Goldmark für einen Zeitraum von 80 Jahren erfordern würde.

Auch nach diesem Plan von Keynes bleibe eine ungeheure Last auf Deutschlands Schultern ruhen, aber doch eine solche, die man zu tragen und abzuholen versuchen könnte. Leider kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß der Vorschlag, wenn nicht schon in England und bei den kleineren Mächten, so doch in Frankreich und Belgien nur mit einem Hohnscherz beantwortet werden wird.

## Stimmen der Vernunft.

Asquith gegen Versailles.

Der ehemalige englische Ministerpräsident hielt vor den Geschäftsmännern der Londoner City eine bemerkenswerte Rede über die allgemeine Wirtschaftskrise, in der er vor allem hervorhob, daß jeder wirkliche wirtschaftliche Wiederaufbau unmöglich sei, bevor die Fragen der Reparationen und interalliierten Schulden endgültig geregelt seien.

Asquith schilderte zunächst die schwierige wirtschaftliche Notlage Großbritanniens und erklärte, daß die Arbeitslosigkeit in noch nicht dagewesenem Maße fortduere. Sie koste dem Staat im gegenwärtigen Augenblick unmittelbar etwa zwei Millionen Pfund Sterling in der Woche und mittelbar eine unbedeckbare weitere Zahl von Millionen. Der wahre Grund der herrschenden Erwerbslosigkeit und des Niederganges des internationalen Handels Englands sei, daß andere Nationen nicht in der Lage seien, unter Bedingungen zu kaufen, unter denen England verkaufen könne und umgekehrt. Der industrielle und der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands haben verhängnisvolle Folgen zeitigen müssen. Vor dem Kriege sei Deutschland der beste Kunde und größte Lieferant Russlands, Italiens, Österreichs und einer Anzahl kleinerer Staaten auf dem Kontinent und der zweitgrößte Kunde und Lieferant Großbritanniens gewesen. Der industrielle und finanzielle Zusammenbruch Deutschlands müsse daher die ernstesten Folge nach sich ziehen.

Sollte der Unterzeichnung des Versailler Vertrages hätten nicht weniger als zehn europäische Konferenzen über die Reparationsfrage stattgefunden. Niemand

durfte in dem Fiasco von Cannes gesessen. Jede der Konferenzen sei damit beschäftigt gewesen, das Werk der vorigen Konferenz abzändern oder ungültig zu machen. Was die Welt, was die Geschäftswelt wolle, sei Gewissheit und Endgültigkeit. Diese werde man nicht erhalten, wenn man nicht ein für alle Mal im Lichte der Tatsachen die unmöglichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages abändere.

Es sei keine Frage der Milde gegen Deutschland, sondern eine Frage des eigenen Interesses für eine Anzahl von Staaten, die den Wohlstand Europas nur neu schaffen könnten, wenn sie die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit voll anerkennen. Eine wirklich dauernde Wiederherstellung könne nicht stattfinden, bevor sich nicht die großen und kleinen Nationen bereit zeigten, das Erbe, das der Krieg zurückließ, und das alle gemeinsam tragen müssten, mutig auf sich zu nehmen.

## Wiederherstellung des Weltkredits.

Auf der ersten nationalliberalen Konferenz der englischen Koalitionsliberalen, die jüngst in Westminster unter Teilnahme von nahezu 2000 Delegierten aus allen Teilen Englands stattfand, begründete der Minister Churchill die Notwendigkeit der Koalition vor allem mit der außenpolitischen Lage. Noch mehr als im Inlande sei im Auslande eine Stabilität notwendig. Die Welt sei erschöpft und Europa fast ruiniert. Überall müssten wieder Vertrauen und Tätigkeit eingesehen. Mit zwei Millionen Arbeitslosen sei Großbritannien verpflichtet, die Wiederherstellung des Weltkredits und die Sicherung der Kaufkraft seiner Kunden als Gegengewicht für seine Wohlfahrt anzusehen. Von dieser Aufgabe setzt Lloyd George jetzt in Anspruch genommen.

Lloyd George wurde einstimmig zum Präsidenten und Churchill zum Vizepräsidenten des nationalliberalen Rates gewählt.

## Politische Rundschau.

Berlin, 23. Januar 1922.

Der Berliner Vertreter der Sowjetregierung Kreint hat nach seiner Rückkehr aus Moskau der Reichsregierung Vorschläge seiner Regierung über die zünftige Gestaltung des konsularischen und diplomatischen Verkehrs zwischen der deutschen Regierung und der Sowjet-Republik überbracht.

In Pраг ist der deutsch-tschechoslowakische Vertrag über das Rechtskommen und die Rechtskraft in Böhmen unterzeichnet worden. Dagegen gelangte man zu einem Übereinkommen in der Frage der gegen seitigen Wohlfahrt gerichtlicher Urteile in Böhmen.

Ministerkonzert in Berlin. In den Verhandlungen der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder nahmen außer den Mitgliedern des Reichskabinetts die Regierungsschefs aller achtzehn Länder oder ihre Vertreter sowie die Berliner Gesandten der Länder teil. Um das ausführliche Referat des Reichsministers a. D. Dr. Rathenau über sein Aufenthalt in London und Paris und über die Konferenz in Cannes schloß sich zunächst eine Aussprache über die außenpolitische Lage an, in deren Verlauf einzelne Regierungsschefs, namentlich die Ministerpräsidenten von Preußen, Bayern und Württemberg, ihren vollen Verständnis für die Schwierigkeiten der deutschen Außenpolitik Ausdruck gaben und den festen Entschluß ihrer Regierungen bekundeten, auch fernherhin in allen Gefahren treu zum Reiche zu stehen. Die Ministerpräsidenten regten an, die Reichsregierung möge durch ähnliche Konferenzen die Regierungen der Länder über die schwierenden Fragen der Politik stets auf dem Laufenden halten. Der Reichskanzler erklärte, die Regierung werde der Universität und beim Reichspräsidenten zu Ehren der Ministerpräsidenten der Länder ein Essen statt, an dem außer den Ministerpräsidenten und den Gesandten der Länder der Reichskanzler, die meisten Reichsminister, Dr. Rathenau und zahlreiche andre hervorragende Persönlichkeiten teilnehmen.

Die Entscheidung über die Deutschen Werke steht noch aus. Der Börschafterrat hat vor einiger Zeit der Deutschen Regierung nur eine kurze Mitteilung über die Deutschen Werke gemacht, die jedoch keine weiteren Schlüsse zuläßt. Infolge dieser Unsicherheit hat sich der Arbeiterschaft der Deutschen Werke erneut eine große Erregung bemächtigt. Der Zentralbetriebsrat des Konzerns der Deutschen Werke hat demzufolge erneut eine Verhandlung bei dem Präsidenten der Interalliierten Militärkommission General Rosset nachgeführt. In der Verhandlung erklärte Rosset dem Betriebsrat, daß die Interalliierte Militärkommission zurzeit noch über die einzelnen Fragen Beratungen pflege und die endgültige Entscheidung erst in ungefähr zehn Tagen zu erwarten sei.

Beschränkung der Redezelt im Reichstag. Der Geschäftsordnungs-Ausschuß des Reichstages hat beslossen, die Reden ihrer Länge nach zu beschränken. Jede Rede soll höchstens  $\frac{1}{2}$  Stunden dauern. Dieser Beschluß muß erst noch von Plenum bestätigt werden.

Strafnachfall für Märzverurteilte. Der preußische Justizminister Dr. Ulrichschoff hat unter dem 19. Januar dieses Jahres eine allgemeine Verordnung über Herabführung von Gnadenverweisen bei Verurteilung wegen einer in Verbindung mit der Märzrevolution vom März 1921 begangenen Straftat erlassen. Bis zur endgültigen Haftabrechnung mit

teilt, heißt es in der Verordnung unter anderem: „Um unlängere Härten gegenüber solchen Personen zu vermeiden, die wegen einer in Verbindung mit den Märzrevolutionen im März 1921 begangenen Straftat durch ein ordentliches Gericht verurteilt sind, soll geprüft werden, ob hinsichtlich dieser Verurteilten, soweit ihnen einschließlich der in Unrechnung gebrachten Untersuchungshaft oder nach Bildung einer Gesamtstrafe eine Freiheitsstrafe von nicht mehr als einem Jahre auferlegt worden ist, die Herbeführung einer Gnadenverweis oder die Bewahrung bedingter Straf auszegnen geboten erscheint.“

Arbeitervertreter im Aufsichtsrat. Der Reichsausschuß für soziale Angelegenheiten hat den Gesetzentwurf über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat angenommen. Der Entwurf bedeutet eine Ergänzung des Betriebsratgesetzes. Das Gesetz schlägt die Entsendung von einem oder zwei Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat des betreffenden Unternehmens vor. Es handelt sich hier um eine Neuerung grundlegender Art, um die Bewandlung des im allgemeinen gewohnten Mitbestimmungsrechtes in ein Mitbestimmungsrecht. Dies werde von der Regierung vorgeschlagen in der Überzeugung, daß nichts so sehr die Arbeitsfreudigkeit, das Verantwortungsgefühl und das Interesse an der Leitung der Betriebsleistungen und des Ertrages zu steigern geeignet sei, als die verantwortliche Mitwirkung an der obersten Leitung des Unternehmens. Das Gesetz soll bereits am 1. Februar in Kraft treten.

Stellung in den oberschlesischen Verhandlungen. In den deutsch-polnischen Verhandlungen in Oberschlesien ist eine gewisse Stellung eingetreten, da in verschiedenen Punkten keine Einigung erzielt werden konnte. Die strittigen Punkte sind vor allem die Frage des Liquidationsrechts, des Schutzes der Minderheiten und des Zusammenhangs der oberschlesischen Gewerkschaften mit den deutschen Spitzenorganisationen. Diese Fragen werden voraussichtlich dem Vorliegenden Bundesrat Calander zur Entscheidung unterbreitet werden. Die übrigen Vertragspunkte, über die eine Einigung zustande gekommen ist, werden in den nächsten Tagen formuliert, so daß die Verhandlungen in Oberschlesien voraussichtlich am 28. d. J. beendet sein werden. Dann soll eine Pause eintreten, und am 6. Februar soll in Genua weiter beraten werden. Diese Abschlußverhandlungen dürften den ganzen Februar ausfüllen.

Eine Rede Gehrenbach an die Studenten. Zur Erinnerung an die Reichsgründung veranstalteten die katholischen Verbündeten der Berliner Universität einen Kongress, auf dem der frühere Reichsanzler Gehrenbach eine bemerkenswerte Rede hielt, in der er u. a. ausführte:

Die Revolution kam, ohne daß das deutsche Bürgertum sich mannhändig ihr entgegenstellte hätte. Man mag sich zu der Verfaßung stellen, wie man will, aber daran müssen wir festhalten, und zwar gerade heute, die Verfaßung ist gelegentlich aufzutheben getommen und ist jetzt tatsächlich die Norm für das deutsche Volk. Das ist noch bei dem Prozeß gegen Hugo vom Reichsgericht ausgesprochen worden. Hier hat Gewalt, hier haben Taten Recht geschaffen.“

Gehrenbach erinnerte schließlich an 1866, wo durch den Wahlkampf von Monarchen Monarchen entthront worden seien. Er wisse nicht, ob ein ganzes Volk nicht das gleiche Recht habe wie einzelne Monarchen.

Stegerwald über Gewerkschaft und Politik. In einer öffentlichen Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin sprach Ministerpräsident a. D. Stegerwald über die Wiederansiedelung, wie die von ihm geführten christlichen Gewerkschaften sie geführt wissen wollten. Unklippsend an seine Rede auf dem Güldener christlichen Gewerkschaftskongress kam der Redner zu dem Schluß, daß nach dem Zusammenbruch des alten Oberrichts- und Ordnungsstaates das Volk die neue Kraftstaat des Staates bilden müsse. Es müsse allerdings erst dazu erzogen werden. In der deutschen Wirtschaft seien drei Probleme zu lösen: 1. Der Versailler Vertrag und die Reparationsleistungen müssen abgeändert werden; 2. der Reichshaushalt muss in Ordnung gebracht werden, und 3. müsse die Frage der Ernährung unseres Volkes gelöst werden. Der Befreiung müsse ein großes sichtbares Opfer bringen, das Volk müsse mehr arbeiten, die Arbeiterschaft aber gleichzeitig mehr Einfluß auf das Wirtschaftsleben gewinnen.

Aufhebung des Depotzwanges. Der finanzpolitisches Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat mit 16 gegen 13 Stimmen folgenden Antrag angenommen: „Der finanzpolitische Ausschuß empfiehlt der Reichsregierung, den durch die Verordnung vom 24. Oktober 1920, betreffend die Kapitalflucht, eingeführten Depotzwang wieder aufzuheben.“ Die Arbeitgeber hatten sich für, die Arbeitnehmer gegen den Antrag ausgesprochen, die Gruppe III hatte getrennt gestimmt. Der Antrag auf Aufhebung der in der gleichen Verordnung und der Reichsabgabenordnung gegebenen Vorschriften über die Auskunftspflicht der Banken wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Karnevaloverbot für Niederschönfeld. Die bayerische Regierung hat jetzt endlich dem Antrag der politischen Gefangen in der bayrischen Festungsanstalt Niederschönfeld ein Ende gemacht. Nach einer Mitteilung des Justizministeriums ist dafür gesorgt, daß sich in der Festungsanstalt Niederschönfeld keine karnevalistischen Vergnügungen ereignen können, weil derartige Lustbarkeiten mit dem Ernst und dem Zweck des Strafvollzuges nicht vereinbart werden können.

Die nächste Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes soll im April in Rom stattfinden, die Übernahme im Juli, wahrscheinlich auf Einladung des sowjetischen Regierung in Moskau.

Die Zahl der eingeführten Arbeitsschlagen Großbritanniens betrug am 10. Januar 1930 450 gegen 1 855 743 im 30. Dezember 1929.

Die Räumung Irlands durch die englischen Soldaten hat begonnen. In Dublin sind bereits drei Bataillone nach England eingeschifft worden.

Die Verhandlungen über eine jugoslawisch-rumänische Militärkonvention haben begonnen.

Der ungarische Terrorist Engl., der während der Brüderlichkeit den ehemaligen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Ludwig von Károly und dessen Bruder ermordet hatte, wurde in Szegedin hingerichtet.

Die vier amerikanischen Handelskönige in Paris, London, Berlin und Brüssel sind in Paris zu einer Zusammenkunft zusammengetreten.

Die Japaner haben auf ihre Ansprüche auf die ehemals deutschen Ländereien des Nachgebietes von Kiautschou verzichtet.

Australien wird in Genf durch den australischen Oberkommissar in London vertreten sein.

#### Ungarn: Neuwahlen im Parlament.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus kam es an stürmischen Szenen. Der oppositionelle Abgeordnete Vaknayi riefte im Verlauf seiner Rede heftige Angriffe gegen den Reichsverweser Horthy und wurde dabei wiederholt vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Als der Verteidigende dem Abgeordneten schließlich das Wort entzog, erhob sich ein wilder Sturm. Der Abgeordnete Veltényi, der sich besonders aufgereggt gebärdete, machte Witze, rief auf den Präsidenten zu flüchten und zog einen Revolver, schoß aber nicht. Mit vieler Mühe gelang es dann einigen Abgeordneten, die Gemüter zu beruhigen. Anfolge der Zusammenstöße werden mehrere Ehrendamen zur Ausstragung kommen. Der Präsident wurde durch drei Abgeordnete gefordert.

#### Amerika: Frankreich — zahlungsunfähig!

Vor einigen Tagen kam aus Washington die Meldung, daß ein „legitimer Entschuldigung“ nicht im Lande sei keine Kriegsschulden an Amerika zurückzuzahlen. Das Land selbst war nicht namentlich genannt. Jetzt bringt die amerikanische Presse die aussenpolitisch regierende Nachreiche, daß es sich hierbei um Frankreich handele. Der französische Vertreter in Washington habe der amerikanischen Regierung mitgeteilt, daß Frankreich nicht in der Lage ist, die nächste Auszahlung der Kriegsschulden zu leisten. Es heißt, daß von England seinerlei Erklärung vorliege, so daß es sich hier um eine selbständige Handlung der neuen französischen Regierung handele. Offenbar bezweckt die französische Regierung, durch diese Erklärung einen teilweisen Schuldenabschluß oder wenigstens eine Stundung zu erreichen. In Amerika ist man allerdings nicht geneigt, auf die französischen Wünsche einzugehen. Der Senat will höchstens eine Herabsetzung des Anspruches zugeschaffen. Die Konferenz der republikanischen Mitglieder des Senats hat bereits beschlossen, den Gesetzentwurf über die Aufzehrung aller Schulden mit der Aufzehrung anzunehmen, daß der Anschluß für die von den Schuldnerstaaten bezahlten Obligationen mindestens 4% Prozent, d. h. 1/4 Prozent weniger als im ursprünglichen Entwurf vorgesehen, betragen sollte. Von einem Verzicht Amerikas auf die Rückzahlung der Schulden ist keine Rede.

#### Amerika: Das Ergebnis von Washington.

Die Verhandlungen der Washingtoner Abstimmungskonferenz stehen vor dem Abschluß. Das Marineabkommen zwischen den drei großen Staaten, den Vereinigten Staaten, England und Japan, ist jetzt endgültig festgestellt und bereits im Vorlaufe verbindlich worden. Die neuen Bestimmungen enthalten das Marineabkommen außer den bereits bekannten nur noch diejenige, daß die Flugzeugbegleitschiffe, denen ursprünglich nur 20 000 Tonnen zugeteilt wurden, bis zu 33 000 Tonnen groß sein dürfen. Über die Bewaffnung der Handelsflotte wird erklärt, daß deren Todes verstürtzt werden dürfen, um die Aufführung von feindlichen Geschützen zu ermöglichen, die im Kriegsfall in Anwendung gebracht werden dürfen. Die Verhandlungen der ausscheidenden Schiffe müssen innerhalb eines halben Jahres nach Annahme des Abkommens durch die einzelnen Staaten erfolgen und spätestens eineinhalb Jahre nach der Ratifikation beendet sein. Die zehnjährige Ruhe im Schiffbau bleibt aufrecht erhalten. Das Abkommen enthält keinerlei Erwähnung der Tatsachen, daß der Schiffstrom für die drei genannten Staaten auf der Grundlage der Verhältniszahlen 5:5:8 festgelegt worden wäre. In dem späteren Abkommen jedoch, in dem der den einzelnen Staaten belassene Schiffraum festgelegt wird, sind genaue Mittelungen enthalten, aus denen hervorgeht, daß Amerika, England und Japan sich tatsächlich auf dieser Grundlage geeinigt haben. Das Kapitel über die Befestigungen im Stillen Ozean ist einstweilen aus dem Vertrag ausgeschaltet geblieben.

#### Kriegsbeschuldigungsprozesse in Frankreich.

— Lille, 22. Januar. Das hiesige Kriegsgericht hat eine Reihe deutscher Offiziere und Soldaten in Abwesenheit wegen „Diebstahl, Einbruchs und Freiheitsberaubungen“ zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

#### Der Polizeipräsident von Sofia erschossen.

— Sofia, 22. Januar. Der pensionierte Oberst Stanasov hat in einem Haushalte den Polizeipräsidenten von Sofia, Todorow, und seine beiden Begleiter erschossen. Der Mörder, ein Anhänger der mazedonischen Revolutionspartei, beging die Tat aus Rache, weil der Polizeipräsident dieser Tage einige Führer der Partei hatte verhasten lassen.

#### Eisenbahnbrand in Norwegen.

— Bergen, 22. Januar. In Birkeland die ganze Geschäftsräume niedergebrannt. Das Feuer entstand in einem Laden und dehnte sich infolge des starken Windes schnell aus. Glücklicherweise drehte sich später der Wind, so daß es gelang, das Feuer Herr zu werden.

#### Eisenbahnbrand in Schottland.

— Glasgow, 22. Januar. Auf dem Güterbahnhof der Nordbahn brannte ein Lagerhaus ab. Fünf Personen kamen ums Leben. Der angerichtete Schaden wird auf über eine halbe Million Pfund Sterling geschätzt.

nationale Interpellation, die Maßnahmen der Regierung zur Besserung der Wirtschaftslage Ostpreußens, vor allem auf dem Wege des Frachtausgleichs, fordert.

#### Aus Stadt und Land.

— Altenburg ohne Stadtparlament. Die leichte Sitzung der Altenburger Stadtvorordneten stellte sich als beschlußunfähig heraus, da die Demokraten und Deutschnationalen nicht erschienen waren. Der Altenburgsche gab infolgedessen bekannt, daß die Stadt

gemeinde nunmehr keine parlamentarische Vertretung besitze und daß das Ministerium des Innern in Weimar gemeinsam mit dem Altenburger Stadtrat über die Geschichte des Stadtvorordneten zu entscheiden habe, bis wieder ein übernahmener Zustand geschaffen sein werde.

— Große Feuerbrunst auf den Philippinen. Eine ungeheure Feuerbrunst ist in Manila ausgebrochen. 42 000 Menschen sind obdachlos. Der Schaden wird auf eine Million Pesos geschätzt. 22 Häuser der Eingeborenen wurden zerstört. Die Katastrophe wird dort als die größte seit der amerikanischen Besetzung bezeichnet.

— Das Großfeuer bei Sarotti. Der Riesenbrand, der die bei Berlin liegende Sarottifabrik, eine der größten des Kontinents, ergreifen hat, stellt sich als furchtbare Brandkatastrophe heraus. Der Brand dauerte neunzig Stunden. Die ganze Fabrik ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Wertvolle Vorrichtungen an Räsen, Büschen, Baumrinne usw. sind vernichtet worden. Hunderte von Arbeitern, die mit Leitern, Schläuchen und Sprungtüchern aus dem brennenden Fabrikloch, der von über 3000 Menschen täglich bevölkert war, gerettet wurden, mußten in die umliegenden Krankenhäuser und Rettungsstationen gebracht werden, da sie teils leicht, teils schwer verletzt waren. Das Löschwerk gehaltete sich trotz der zahlreichen Wehren, die an der Brandstelle zusammengezelt waren, ungemein schwierig, da die grimme Kälte die Wasserschläuche oft zum Einfrieren brachte. Man mußte sich lediglich darauf beschreiben, die umliegenden wertvollen Fabrikgebäude vor dem Feuer zu schützen. — Am Ende ging der Kurs von Sarotti-Aktien von 1800 v. H. auf 1800 Prozent zurück.

— Ein französisches Panzerschiff gescheitert. Wie aus Brest gemeldet wird, ist das zum Abbruch bestimmte alte Panzerschiff „Mareau“, das sich von seinem Schleppdampfer losgerissen hatte, gescheitert.

#### kleine Nachrichten.

— Die nach Stabilisierung des Mantelvertrages im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau geführten schwierigen Verhandlungen wurden als ergebnislos abgebrochen.

#### Gerichtsaal.

— Das Urteil im Schlieffen-Prozeß. Das Obdachter Schwurgericht verurteilte die Gräfin Elsa von Schlieffen zu Schönberg wegen Auforderung zum Mord zu zwei Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust, wobei die erlittene Untersuchungshaft nicht angerechnet wird, den Grafen Hans Heinrich von Schlieffen zu Schönberg ebenfalls wegen Auforderung zum Mord und verbotenen Waffenbesitzes zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft, den Handelsmann Bruno Hößel aus Berlin wegen Annahme der Auforderung zum Mord und wegen Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz zu insgesamt drei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von acht Monaten Untersuchungshaft, den Schlosser Herbert Stenske aus Berlin ebenfalls wegen Annahme der Mordauforderung und verbotenen Waffenbesitzes zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft und Strafaufschub. Die Gesellschafterin der Gräfin Gräfin Minna Stumpf wurde freigesprochen. Der Untergang auf Haftentlassung des Grafen Hans Heinrich von Schlieffen wurde abgelehnt.

#### Der Heidelberger Mordprozeß.

##### Schluss der Beweisaufnahme.

Nach dem Augenscheinprotokoll vom vorigen Jahre ergibt sich, daß der Angeklagte Sievert beim Anblick der von ihm ermordeten, schon verwesten Bürgermeister erschüttert hat: Und wenn die ganze Welt an meine Schuld glaubt, ich habe es nicht getan. Ich war überhaupt noch nicht in dieser Gegend. Eine Zeugin sagt aus, daß sie Sievert in der Zeit nach der Tat getroffen und ihn gefragt habe, wo er herkomme. Der Angeklagte habe darauf geantwortet, daß er einen Grabstein für seinen Vater gezeigt habe! Die übrigen Aussagen, selbst die der von der Verteidigung geladenen Entlastungszeugen, fördern schweres Belastungsmaterial für Sievert zu Tage. Alle Angaben des Angeklagten ergeben sich als falsch.

Der Gerichtschemiker Dr. Popp schildert in seinem Gutachten, daß die Blutspuren an den Kleidern des Angeklagten sich mit ungewöhnlicher Sicherheit als von Menschenblut herkommend erwiesen. Dr. Popp zeigte auch, daß der Angeklagte Reinigungsversuche unternommen habe. Die Vergleichung der an und in den Kleidern des Angeklagten vorgenommenen Moose mit den Stellen, wo die Bürgermeister ermordet wurden, ergab die völlige Übereinstimmung der Moosarten. Prof. Dr. Grubel hat den Gesetzeszustand des Angeklagten untersucht und bestätigt, daß Par. 51 strafmildernd nicht in Frage komme, da der Angeklagte zur Zeit der Tat völlig Herr seiner Sinne gewesen sei.

— Der Stand der Mark. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	21. 1.	20. 1.	1914
100 holländische Gulden	7242	7202	167.— M.
100 belgische Franken	1548	1540	80,—
100 dänische Kronen	3986	3906	112,—
100 schwedische Kronen	4986	4915	112,—
100 italienische Lire	871	831	80,—
1 englischer Pfund	842	881	20,—
1 Dollar	199	197	4,20
100 französische Franken	1623	1618	80,—
100 schweizerische Franken	8896	8846	80,—
100 tschechische Kronen	245	238	—

— Gedanketafel für den 24. Januar.

1712 \* Briefe des Großen in Berlin († 1786) — 1778 \* Der Schriftsteller Ernst Theodor Amadeus Hoffmann zu Königswarne i. Pr. († 1822) — 1850 \* Der Philolog Hermann Boenigk in Bremen († 1909) — 1867 \* Der Schriftsteller Ernst Bahn in Bielefeld — 1883 \* Der Komponist Friedrich v. Flotow in Darmstadt († 1812) — 1918 Deutscher englische Geograph in der Römer.

#### Der Mannes Roman.

Roman von Erich Ohlmann.

(14. Fortsetzung.)

„Was läßt dir ein?“ sagte er entschlossen in einem Ton, der keinen Widerspruch zuließ. „So schlimm ist die Nachricht doch nicht, und unsere Freunde erwarten uns bei Tortoni. Dein Mutter hat eine sehr kräftige Konstitution, sie wird die Krankheit leicht überstehen. Uebrigens — wenn du morgen zu ihr fahren willst, so habe ich selbstverständlich nichts dagegen. Jetzt aber.“

Sein kühler, liebloser Ton, der bewies, daß er sich gar keine Mühe gab, nachzuhören, was in ihr vorging, schnitt wie ein Messer in Ruths Herz. Zum erstenmal zweifelte sie an seiner Fähigkeit, überhaupt warm zu empfinden. Aber sie begriff auch, daß weiterer Widerstand vergebens wäre und ihn nur reizen würde.

Mit einer matten Handbewegung, bedeutete sie Frau Enders, ihr den Abendmantel umzulegen, und folgte schweigend Bernd, der schon vorausgegangen war.

7.

Die Versinnung, welche zwischen Ruth und ihrem Gatten herrschte, dauerte den ganzen Abend an und entging auch später bei Tortoni den Freunden nicht.

Ruth sprach kaum ein Wort und grüßte traumverloren vor sich hin. Ihre Gedanken waren weit fort an einem stillen Krankenbett, wo ein geliebtes Leben jetzt vielleicht mit dem Tode rang und sich nach ihr sehnte.

Bernd aber markierte sich mit Vergleichen zwischen der stummen Ruth und der von prahlender Lebenslust strahlenden Gräfin Romansky, die unaufhörlich plauderte und dabei nach rechts und links lookte.

Ruth erschien ihm neben ihr plump, unbeholfen und gewöhnlich.

Auch Leo Dresler sprach wenig. Er beobachtete Ruth verstohlen und dachte unruhig: „Was ist geschehen? Hatte sie einen Streit? Vergaßt sich Bernd etwa, und dämmerte in ihr die Erkenntnis auf, wie arm sie an seiner Seite dahinlebt?“

Dann beobachtete er Bernd, las ihm die Gedanken von der Stirn und fühlte plötzlich einen unheimlichen Zorn in sich aufsteigen. Der Glendale! Was fiel ihm ein, sich so gehen zu lassen? . . .

Im nächsten Augenblick zuckte er zusammen und starnte aus weitwinkeligen Augen nach der gegenüberliegenden Saaltür, die sich soeben aufgetan, um verstäubte Gäste noch einzulassen.

Ruth, die neben ihm saß und durch eine Bewegung aufmerksam gemacht war, folgte unwillkürlich der Richtung seines Blickes. Sie sah eine wunderschöne junge Frau, an der alles flimmernde und gleißende von dem goldblonden Haar mit den Diamantknoten darin bis zum Saum der hellgrünen Robe, die unter einem kostbaren Abendmantel hervorschimmerte.

Hinter ihr sah ein Diener lautlos einen eleganten, auf Gummirädern montierten Krankenstuhl, in dem eine armelige Männergestalt zusammengefunden war. Den Schlüssel der Gesellschaft bildeten zwei Herren im Abenddress.

Die schöne Frau hielt ihr langstieliges, goldenes Zögern an die Augen und spähte nach einem passenden Platz in dem vollbesetzten Raum aus. Da streifte ihr Blick den Tisch, an dem Ruth und ihr Mann saßen. Sie zuckte zusammen, und ihre Augen nahmen plötzlich ihren schillernden Glanz an, während ein seltsam ausdohn, Triumph und Freude gemischtes Lächeln blitzte.

„Dorthin!“ deutete sie dem Diener und schritt hastig voran. Ihre Augen waren jetzt unverwandt auf Ruth gerichtet, neugierig, herausfordernd und höchstzugleich.

Bernd, der mit dem Rücken gegen die Tür saß, hatte noch nichts bemerkt. Aber er fuhr plötzlich wie elektrisiert hoch, als die schmale Hand der schönen Frau leicht seine Schulter berührte und ihre Stimme hinter ihm sagte: „Sieh da, wie nett, gleich unverhofft alte Bekannte hier zu treffen!“

Ruth sah erstaunt, wie ihres Mannes Gesicht sich erst mit liegender Nase bedeckte und dann verschafft wurde. Wie er, der Weltgewandte, ein paar unbeküpfte Worte stammelte, und wie Baron Dresler den schönen Fremden einen beinahe drohenden Blick zuwarf.

Es schien, als ob alle Anwesenden einander kennen, denn die Romansky's begrüßten die schöne Frau sehr überschwänglich, obwohl in den schwarzen Augen der Gräfin Romansky weit eher Angst über die Sturz als Freude zu lesen war.

An Ruth dachte im Augenblick niemand. Erst als die schöne Fremde Bernd etwas zufüllte, erinnerte er sich ihrer und stellte hastig vor: „Graf und Gräfin Wildenmark, Graf Albrecht Wildenmark, Dr. Berger.“

Ruth starrte fast erschrockt auf die blonde Gräfin. Hatte sie denn recht gehabt? Die armelige Männergestalt dort im Fahrstuhl war der Gatte dieses strahlenden Wesens? Aber sie bewegte sich rasch und stammelte mit einem ängstlichen Blick auf Bernd einen paar höfliche Worte.

Sie fühlte selbst, wie unglücklich sie sich benahm, und es war kein Wunder, daß es hohnvoll um der Gräfin Mund stand. Aber es war etwas Vermirrtes, Unklares in der Situation, das Ruth bedrückte, ohne daß sie es hätte in Wörtern ausdrücken können.

Man sah sie sich. Gräfin Wildenmark zwischen Ruth und die Romansky, mit der sie sofortig einig zu plaudern begann.

„Das hätten Sie wohl nicht gedacht, liebe Gräfin, als wir vor vierzehn Tagen in Cap Martin voneinander Abschied nahmen, daß wir uns so bald wieder hier begegnen würden, nicht wahr?“

„Nein“, antwortete die Romansky trocken, „Sie lieben kein Wort über Ihre Absicht, hierher nach Paris zu kommen, verlauten!“

„Es macht sich auch ganz plötzlich. Better Albrecht erzählte uns nämlich von den Wunderkuren Dr. Allain in Paris — Sie kennen den berühmten Magnetiseur?“

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland für die Industrie druckt